

# Wahlprüfsteine

Volkssolidarität

Das junge MV.

FDP Mecklenburg-Vorpommern, Goethestraße 87, 19053 Schwerin

Volkssolidarität LV M-V e.V.  
z. Hd. Frau Liebich  
Gutenbergstr. 1  
19061 Schwerin

Schwerin, den 7. Juli 2016

## Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2016 in Mecklenburg-Vorpommern hier: Ihr Schreiben vom 30. Juni 2016

Sehr geehrte Frau Liebich,

vielen Dank für Ihre Email mit den Wahlprüfsteinen der Volkssolidarität. Sehr gerne werden wir im Folgenden auf Ihre Fragen eingehen und unsere liberalen Positionen darstellen:

Zu 1:

Die Bekämpfung von Armut verstehen wir Freien Demokraten zuallererst als eine bildungspolitische Aufgabe. In M-V beenden immer noch zu viele junge Menschen ihre schulische oder berufliche Ausbildung ohne einen Abschluss. Dabei werden im ganzen Land händeringend Fachkräfte gesucht. Hier sehen wir uns in der Pflicht, die beste Bildung für jeden Einzelnen zu ermöglichen.

Konkret setzen wir mit unserer Bildungspolitik bereits im frühkindlichen Alter an. Die Kindertagesbetreuung ist flexibler und unbürokratischer zu gestalten. Gerade für Alleinerziehende darf die Teilhabe am Berufsleben nicht an Öffnungszeiten, Kita-Essen-Bürokratie oder Elternbeiträgen scheitern. Zugleich sind die qualitativen Defizite in der vorschulischen Betreuung anzugehen, um Kindern gerade aus benachteiligten Familien alle Chancen für ein selbstbestimmtes Leben zu eröffnen.

In der schulischen Bildung wollen wir den Lehrerberuf nachhaltig aufwerten. Dies ist durch mehr Selbstständigkeit der Schulen, eine leistungsorientiertere Bezahlung, weniger Arbeitsbelastung und durch mehr Seiteneinsteiger möglich.

Freie  
Demokraten

Mecklenburg-  
Vorpommern **FDP**

In der beruflichen Bildung gilt es in gleicher Weise die Personalsituation zu verbessern. Die Dualität der Ausbildung, aber auch die Kostenfreiheit, insbesondere in den Gesundheitsberufen, sind wichtige Stellschrauben, um junge Erwachsene in Lohn und Brot zu bekommen. In der Erwachsenenbildung kommt es auf hinreichende Beratungsangebote an, um Menschen in Not, zum Beispiel Überschuldung, zu helfen. Die sehr guten Beratungsangebote in M-V müssen deshalb auf eine auskömmliche Finanzierung durch das Land vertrauen können. Ältere Menschen sind darauf angewiesen selbstbestimmt, die für sie richtige Wohn- und Betreuungsform auswählen zu können. Zusätzliche Kosten, die etwa bei einem Aufenthalt in einer stationären Einrichtung entstehen, belasten viele Senioren. Mit dem Pflegewohngeld gab es ein sozialpolitisches Instrument des Landes, um Altersarmut abzumildern.

Die derzeitige politische Debatte fokussiert auf eine Entlastung bei der Kindertagesbetreuung und weniger auf finanziellen Hilfen für ältere Menschen. Wir Freien Demokraten beteiligen uns gerne bei einer Haushaltsdebatte, die alle Möglichkeiten einer generationengerechten Sozialpolitik ausschöpft. Gerne nehmen wir dabei die Argumente der Volkssolidarität in unsere politische Meinungsbildung auf.

## **Zu 2**

Jeder Mensch hat ein Talent. Um Talente frühzeitig zu erkennen und zu fördern, brauchen wir eine Bildungspolitik, die Kindertagesbetreuung weniger als eine sozial- und mehr als eine bildungspolitische Aufgabe begreift. Deshalb gehören Krippe und Kita in die Zuständigkeit des Bildungsministeriums.

Mehr Chancen für Kinder heißt mehr Fachpersonal in der Kindertagesbetreuung. Den notwendigen Fachkräftebedarf kann Politik allerdings nicht verordnen, sondern nur attraktive Rahmenbedingungen schaffen. Dies fängt bei einer kostenfreien beruflichen Ausbildung an, geht über die Verbesserung der Betreuungsrelation und führt schließlich auch zu einer leistungsorientierten Bezahlung. Ein Lösungsansatz, um die Qualität in der Kindertagesbetreuung zu verbessern, kann eine ähnliche Verantwortlichkeit des Landes für das Personal wie in der schulischen Bildung sein. Wichtig dabei ist, dass die Einrichtungsträger selbstständig und frei in ihrer Verantwortlichkeit bleiben.

## **Zu 3**

Wie und wo ein älterer und ggf. Mensch leben möchte, muss dieser zwingend selbst mit seiner Familie bzw. dem Arzt seines Vertrauens entscheiden können. Leider werden viele Senioren, insbesondere durch Kostenträger, in Versorgungs- und Wohnformen hineinberaten, die nicht ihrem

Wunsch nach einem selbstbestimmten Leben in einem wohnort- und familiennahen Umfeld entsprechen. Gerade die Krankenkassen entziehen sich allzu gern ihrer Verantwortlichkeit und missachten dabei den Grundsatz ambulant vor stationär. Dieser Verschiebebahnhof im Sozialrecht muss aufhören. Hier sind auch die Kommunen gefordert, stärker darauf zu achten, dass pflegebedürftige Menschen nicht in der Sozialhilfe landen. Die Einflussmöglichkeiten der Landespolitik auf die einzelnen Kostenträger sind sehr begrenzt. M-V hat keinerlei Rechtsaufsicht über eine Krankenkasse. Die Rückführung des KSV in das Sozialministerium könnte ein Lösungsansatz. Inwieweit eine solche Aufgabenkritik letztlich älteren Menschen nützt, ist indes fraglich.

Die Ungleichbehandlung bei der Rente zwischen Ost und West erfordert eingedenk der nachlassenden Bedeutung der gesetzlichen Rentenversicherung ein völliges Umdenken beim Thema Altersvorsorge. Die Freien Demokraten stellen sich dieser Debatte im Sinne einer Stärkung der Eigenverantwortlichkeit des Einzelnen sowie der Flexibilisierung und Entbürokratisierung des Renteneintritts.

In M-V gibt es viele gute Projekte, die das Zusammenleben von mehreren Generationen ermöglichen. Diese müssen weiter unterstützt und der gegenwärtige Trend zu einer Verschärfung des Landesheimrechts verhindert werden. Nicht das Pflegeheim, sondern neue innovative Wohnformen ermöglichen Älteren der Einsamkeit zu entgehen. Im ländlichen Raum muss zwingend eine Verbesserung der Infrastruktur realisiert werden, um gesellschaftliche Teilhabe von Menschen auch über den Individualverkehr hinaus ermöglichen. Kooperationen zwischen dem ÖPNV, Taxi- und Busunternehmen sowie ehrenamtlichen Bürgerfahrdiensten sind realistische Perspektiven.

#### **Zu 4**

Eine freie und selbstbestimmte Bürgergesellschaft lebt von der Eigenverantwortung und Initiative ihrer Bürger.

Wir Freien Demokraten setzen bewusst auf das bürgerschaftliche Engagement und auf das Ehrenamt in Mecklenburg-Vorpommern. Wir trauen den Bürgern zu, dass sie selbst Initiative ergreifen, wenn ehrenamtliche Strukturen erforderlich sind. Es hat sich immer wieder gezeigt, dass Defizite bei der Wahrnehmung von staatlicher Verantwortung kompetent und mit viel Engagement der Bürger kompensiert werden kann.

Der Einsatz der ehrenamtlich Aktiven in Mecklenburg-Vorpommern ist unverzichtbar.

Wir Freien Demokraten werden:

Freie Demokratische Partei      LV Mecklenburg-Vorpommern  
Landesgeschäftsstelle Goethestr. 87      19053 Schwerin  
Tel.: 0385/562954      Fax: 0385/5574665  
Email: [m-v@fdp.de](mailto:m-v@fdp.de); homepage: [www.fdp-mv.de](http://www.fdp-mv.de)  
Deutsche-Bank Schwerin, BLZ 130 700 00

Konto-Nr. 31 77 128 00 oder 28, IBAN DE10 130 700 000 3177128 00, BIC DEUT DE BRXXX

- uns für optimale Rahmenbedingungen einsetzen, die ein ehrenamtliches Engagement vereinfachen und nicht erschweren.
- immer daran erinnern, wie hoch der Wert des Ehrenamtes ist und wie wichtig eine hohe gesellschaftliche Akzeptanz und der Respekt der Gesellschaft gegenüber ehrenamtlich Tätigen sind.
- anregen, dass ehrenamtlich Tätigen ein angemessener Versicherungsschutz für den Rahmen ihrer Ehrenamtsausübung geboten wird.
- bürokratische Hürden, wie komplizierte Vorschriften, überzogene Verwendungsnachweise und schwer verständliche Antragsunterlagen abbauen.
- uns für eine fachliche Fortbildung der ehrenamtlich Tätigen stark machen.
- Haftungsbeschränkungen anregen für ehrenamtliche Vorstände von Vereinen, soweit keine grob fahrlässigen oder vorsätzlichen Verstöße vorliegen.
- eine Anerkennung und ggf. Anrechenbarkeit ehrenamtlicher Tätigkeiten von Schülern, Berufsschülern und Studierenden als außerschulische Lernleistung oder als Ersatz von Grundfertigungsseminaren unterstützen.

## Zu 5

Mecklenburg-Vorpommern ist weltoffen. In einem Flächenland der Zukunft ist für uns Freie Demokraten Vielfalt Normalität. Egal woher Menschen zu uns kommen, welchen Hintergrund sie haben, sie können unsere Gesellschaft gerade angesichts des demografischen Wandels bereichern.

Migration kann aber nur erfolgreich sein, wenn sie nach den Regeln unseres Rechtsstaates erfolgt. In Sachen innerer Liberalität und Toleranz kann es für niemanden Rabatt geben. Die Werte des Grundgesetzes sind nicht verhandelbar. Sie garantieren u.a. die Gleichberechtigung der Geschlechter, den Schutz von Minderheiten, die sexuelle Identität und die Religionsfreiheit aller. Eine Toleranz der Intoleranz werden wir Freien Demokraten nicht üben.

Wir Freien Demokraten sehen in dem berechtigten Anspruch eines jeden Menschen auf freie Entfaltung auch den Anspruch auf Migration begründet. Es entspricht unserem Weltbild, dass jeder in der Gestaltung seines persönlichen Lebensweges sich auch seinen Lebensort bei Wahrung der jeweiligen Gesetze frei wählen kann. Um die damit einhergehenden Herausforderungen bewältigen zu können, setzen wir Freien Demokraten uns für ein Einwanderungsgesetz mit klaren Regeln für die Einwanderung nach Deutschland ein. Dieses sollte den Grundzügen folgen, dass jeder, der sich durch die eigenständige Sicherung seines Lebensunterhaltes selbst versorgen kann, auch die Möglichkeit

Freie Demokratische Partei      LV Mecklenburg-Vorpommern  
 Landesgeschäftsstelle Goethestr. 87      19053 Schwerin  
 Tel.: 0385/562954      Fax: 0385/5574665  
 Email: m-v@fdp.de; homepage: [www.fdp-mv.de](http://www.fdp-mv.de)  
 Deutsche-Bank Schwerin, BLZ 130 700 00

Konto-Nr. 31 77 128 00 oder 28, IBAN DE10 130 700 000 3177128 00, BIC DEUT DE BRXXX

zur Einwanderung erhält. Kriegsflüchtlinge, die nicht in ihre Heimat zurückkehren wollen und die Kriterien des Einwanderungsgesetzes erfüllen, können auf dieser Grundlage in Deutschland bleiben.

Wir Freien Demokraten bekennen uns zur humanitären Verpflichtung, wenn Menschen Schutz bei uns suchen. Nach unserer Vorstellung sichert ein gemeinsames Asylrecht in ganz Europa eine geordnete Flüchtlingspolitik ohne Überforderung einzelner Staaten.

Wir Freien Demokraten gewähren denjenigen Schutz, die aufgrund eines individuellen Asylgrunds nach Deutschland kommen oder verfolgt sind im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention. Eine befristete Aufenthaltserlaubnis sollen weiterhin diejenigen erhalten, die nicht abgeschoben werden dürfen wegen Krankheit oder die subsidiären Schutz genießen, weil ihnen beispielsweise Todesstrafe oder Folter drohen.

Daneben setzen wir uns für temporäre Bleiberechte und Duldungen für Menschen aus Kriegsgebieten ein, um ihnen auch ohne individuellen Asylanspruch einen entsprechenden Schutz zu bieten. Mit diesen temporären Rechten sollte die Erlaubnis zur Arbeit bzw. Ausbildung verbunden sein, um auch diesen Menschen für die Dauer ihres Aufenthaltes in Deutschland ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.

Möglichst schnell und in gestrafften Verfahren wollen wir Freien Demokraten Migranten ohne Bleibeperspektive in ihre Heimat zurückführen. Das Vollzugsdefizit bei der Rückführung muss beseitigt werden. Gleiches gilt für anerkannte Asylsuchende, deren Asylgrund weggefallen ist.

Wir Freien Demokraten werden:

- im Rahmen von Bundesratsinitiativen für ein Einwanderungsgesetz eintreten, das Arbeitsmigration erlaubt, wenn die Voraussetzungen einer dauerhaften Bleibeperspektive aufgrund des Bedarfs auf dem Arbeitsmarkt erfüllt sind.
- uns einsetzen, dass die Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse vereinfacht und beschleunigt wird.
- uns auf der Grundlage von Recht und Gesetz zur humanitären Verpflichtung bekennen, wenn Menschen Schutz in unserem Land suchen.
- uns für eine Reform des Asylrechts einsetzen, das Kriegsflüchtlingen ein schnelles und unbürokratisches Bleiberecht für die Dauer des Krieges einräumt, auch ohne den bislang erforderlichen Beschluss der Europäischen Union.

- den Bund in die finanzielle Verantwortung für die Flüchtlingsaufnahme in Deutschland nehmen. Auf Bundesebene werden die Regeln für Einwanderung und Flüchtlingsschutz normiert, also ist die Aufgabe vom Bund zu finanzieren.
- in Erfüllung der Aufgabe des Landes für ausreichend Plätze in zentralen Aufnahmeeinrichtungen sorgen.
- uns einsetzen, dass die Asylverfahren in der Regel bereits in diesen Einrichtungen abgeschlossen werden und Menschen ohne Bleibeperspektive gar nicht erst in die Kommunen verteilt werden.
- die Kommunen dabei unterstützen, anerkannte Asylbewerber vor Ort in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt zu integrieren.
- für ein breites Angebot kostenloser und verpflichtender Sprach- und Integrationskurse eintreten.
- Kindern mit Sprachdefiziten durch eine möglichst frühe Teilnahme an Sprach- und Integrationskursen helfen.
- in unseren Schulen das Thema Flüchtlinge und Migration zum Unterrichtsgegenstand machen.
- junge Flüchtlinge dazu ermutigen, eine Ausbildung zu absolvieren - dabei dürfen sie nicht während ihrer Erstausbildung und zwei Jahre nach erfolgreichem Abschluss und Arbeitsaufnahme von Abschiebung bedroht sein.
- für eine Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen für Flüchtlinge eintreten, wonach Zeitarbeit als Einstiegsmöglichkeit für Flüchtlinge geöffnet wird.

Wir würden uns freuen, wenn wir diese und weitere Fragen in einem persönlichen Gespräch diskutieren können. Gerne werden wir dann Ihre Anregungen in unserer politischen Arbeit berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen



Cécile Bonnet-Weidhofer  
Spitzenkandidatin



René Domke  
Landesvorsitzender